

CITIZEN

SCHMUTZIGE DEALS MIT DER TÜRKEI UND ANDEREN

EU-Geld nein danke!

Ärzte ohne Grenzen

Weil die Asylpolitik der EU-Mitgliedstaaten das Recht auf Asyl weltweit gefährdet, nimmt die NGO „Ärzte ohne Grenzen“ keine EU-Gelder mehr an.

Die medizinische Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (Médecins sans frontières, MSF) hat heute angekündigt, keine EU-Gelder oder Gelder der EU-Mitgliedstaaten mehr anzunehmen. Die Organisation setzt somit ein Zeichen gegen die schädliche Abschreckungspolitik und die verstärkten Bemühungen der EU, Menschen und ihr Leid von den europäischen Stränden fernzuhalten. Diese Entscheidung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und gilt für alle Hilfsprogramme von Ärzten ohne Grenzen weltweit.

Drei Monate nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals, den die europäischen Regierungen als Erfolg bezeichnen, werden jene Menschen, die Schutz brauchen, abgeschoben. Sie sind die wahren menschlichen Kosten. Auf den griechischen Inseln sind als direkte Folge des EU-Türkei-Deals bisher über 8.000 Menschen gestrandet, darunter befinden sich Hunderte unbegleitete Minderjährige. Sie leben manchmal monatelang unter ärgsten Bedingungen in überfüllten Lagern. Sie befürchten eine Zwangsrückführung in die Türkei und verfügen über keinerlei rechtlichen Beistand - ihre einzige mögliche Verteidigung gegen eine kollektive Ausweisung. Die Mehrheit dieser Familien, die Europa

aus seinem Blickwinkel entfernt hat, sind vor Konflikten in Syrien, dem Irak und Afghanistan geflohen.

„Ärzte ohne Grenzen hat monatelang die beschämende Reaktion Europas angeprangert, die auf Abschreckung beruht und nicht auf Hilfe und Schutz für Menschen, die das brauchen“ erklärt Jerome Oberreit, internationaler Generalsekretär von Ärzten ohne Grenzen. „Der EU-Türkei-Deal geht nun noch einen Schritt weiter und gefährdet das Konzept von 'Flucht' und den damit eingehenden Schutz an sich.“

Vergangene Woche hat die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag präsentiert, der den Ansatz des EU-Türkei-Deals in über 16 Ländern Afrikas und des Nahen Ostens kopieren soll. Solche Deals würden jenen Ländern Einschnitte im Handel und in der Entwicklungshilfe auferlegen, die die Migration nach Europa nicht eindämmen oder keine Zwangsrückführungen zulassen, und jene Länder, die das tun, belohnen. Unter den möglichen Partnern sind Somalia, Eritrea, der Sudan und Afghanistan - vier der zehn Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen. (...)

Aufnehmen statt auslagern

Der EU-Türkei-Deal schafft einen gefährlichen Präzedenzfall für andere Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, da die Botschaft ausgesandt wird, dass die Betreuung von Menschen,



die gezwungen sind zu flüchten, eine Wahlmöglichkeit ist und dass man sich davon freikaufen kann. Im vergangenen Monat hat die kenianische Regierung die europäische Asylpolitik als Beispiel genannt, um ihre Entscheidung zu rechtfertigen, Dadaab, das größte Flüchtlingslager der Welt, zu schließen und die Bewohner zurück nach Somalia zu schicken. „Europas Versuch, die Kontrolle und Registrierung der Flüchtlinge auszulagern, hat einen Dominoeffekt - mit geschlossenen Grenzen zurück bis nach Syrien. (...)

„Abschreckungsmaßnahmen, die der Öffentlichkeit als humanitäre Lösung präsentiert werden, haben das Leid von Menschen in Not nur

verstärkt. An dieser Politik ist nichts humanitär. Das darf nicht zur Norm werden und muss hinterfragt werden“ erklärt Oberreit weiter. „Ärzte ohne Grenzen wird keine Gelder von Institutionen oder Regierungen mehr annehmen, deren Politik so viel Schaden anrichtet. Wir rufen die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Prioritäten zu verlagern: Anstatt die Anzahl der Menschen, die sie abschieben können, zu maximieren, sollten sie die Anzahl der Menschen, die sie aufnehmen und schützen, maximieren.“

FAQ auf Deutsch:

www.aerzte-ohne-grenzen.de

Pressemitteilung in vollem Wortlaut auf

Französisch: www.msf.lu

CLIMAT DE GUERRE

Recherchons alternatives !

Luc Mampaey / Grip

Revenant sur les anniversaires de 2015, en préface du rapport annuel, le directeur du Grip met en garde contre le climat de guerre qui s'installe.

2015 était l'année des anniversaires et commémorations. Le 6 août 1945, un bombardier américain B-29 larguait la première bombe à uranium de l'histoire sur Hiroshima. Il y a 60 ans, le 9 juillet 1955, le Manifeste Einstein-Russell nous adressait un avertissement sévère d'éminents scientifiques, terrifiés par

les dangers que représentait le développement des armes nucléaires pour la survie de l'humanité. Cette année marquait aussi le 70e anniversaire de la signature de la Charte des Nations unies, à San Francisco le 26 juin 1945 : cinglant rappel des défis qui se posent à la communauté internationale dans les domaines de la paix et de la sécurité, du développement et des droits de l'homme.

C'est dans ces défis que s'inscrivent les travaux du « Groupe de

recherche et d'information sur la paix et la sécurité » (Grip) bruxellois : en faveur de la construction de la paix, de la prévention des conflits et de la sécurité internationale. Des objectifs que nous poursuivons avec d'autant plus de détermination que nos gouvernements semblent de plus en plus s'enfermer dans une rhétorique exclusivement martiale et sécuritaire.

Indubitablement, face aux actes terroristes de ces derniers mois, les réponses doivent être fermes et à la

hauteur des menaces. Mais elles ne peuvent être exclusivement militaires. Elles doivent aussi respecter nos valeurs et tirer les leçons des analyses erronées de nos dirigeants dans la gestion militaire des crises récentes, de la Libye à la Syrie, sans oublier l'Ukraine.

Le Grip veut participer à la recherche d'alternatives au climat de guerre qui s'installe. C'est ce que nous avons fait tout au long de cette année 2015, et nous continuerons sur cette voie, à travers nos études, analyses, conférences et recommandations.

Le rapport 2015 du Grip :

www.grip.org/fr/node/2038